Antrag Öffentlich	Datum 12.02.2004	Nummer A0017/04
Absender **Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – future! die jugendpartei**		**Wird von der Verwaltung ausgefüllt.** Aufgenommen in d. TO d. Sitzung d. Gremiums Stadtrat
Adressat Gerhard Heinl Alter Markt 1 39090 Magdeburg		am 11.03.2004 14:00
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 11.03.2004 14:00	
Kurztitel Einrichtung einer gentechnikfreien Region		

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeister wird beauftragt, sich an alle auf der Gemarkung der Stadt Magdeburg wirtschaftenden Landwirte und an die Verpächter von landwirtschaftlichen Flächen auf der Gemarkung der Stadt zu wenden, mit der Aufforderung, die Einrichtung einer freiwillig vereinbarten gentechnikfreien Region zu prüfen.
Zu diesem Zweck wird die Stadt eine Veranstaltung zum Informationsaustausch anbieten.

Begründung:
Mit Ausnahme von Spanien wachsen gentechnisch veränderte Pflanzen erst versuchsweise auf europäischen Feldern. Das könnte sich ab 2004 ändern. Entsprechende Gesetze sind derzeit in der politischen Abstimmung. Würde das EU-Moratorium fallen, das eine Neuzulassung von Gentech-Pflanzen verhindert hat, wäre auch in Deutschland ein großflä-chiger Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen möglich.
Die Landesregierung Sachsen-Anhalts plant bereits, den Anbau mehrerer hundert Hektar Bt-Mais ab dem Frühjahr 2004 voranzutreiben. Dafür stellt sie ein Förderpaket mit insgesamt 100 Millionen Euro im Rahmen ihrer sogenannten „Bio-technologie-Offensive“ zur Verfügung.
Ob es dazu kommt, hängt von zwei Faktoren ab: der Bereitschaft der Bauern, transgenes Saatgut auszubringen und der Bereitschaft der Konsumentinnen und Konsumenten, gentechnisch veränderte Lebensmittel zu kaufen.
Die weit überwiegende Mehrheit der deutschen und europäischen Verbraucher/innen sieht in den Gentech-Pflanzen keinen Nutzen, der es rechtfertigt, die menschliche Gesundheit und die Vielfalt in der Natur den Risiken dieser Technolo-gie auszusetzen. Da gleichzeitig kein Verbraucher fordert, gentechnisch veränderte Nahrungsmittel angeboten zu be-kommen, wollen auch der überwiegende Teil der Lebensmittelverarbeiter und -händler gentechnikfreie Rohstoffe haben.
Die derzeit in der politischen Abstimmung befindlichen Gesetze erwarten lassen, dass es zu Konflikten zwischen Land-wirten kommt, wenn Äcker von gentechnikfrei wirtschaftenden Landwirten durch Pollenflug von Äckern, die mit gentech-nisch veränderten Pflanzen bestellt sind, kontaminiert werden.
Ein einfacher Weg, die Ernten vor gentechnischer Verunreinigung zu schützen, ist die Einrichtung möglichst großräumi-ger gentechnikfreier Regionen. Rechtlich ist dies möglich auf der Basis freiwilliger Vereinbarungen, die die Bauern mit-einander abschließen. Nicht nur Bauern haben einen Nutzen von gentechnikfreien Regionen, sondern auch die Ver-pächter von landwirtschaftlicher Flächen. Denn der Wert des Bodens kann vermindert werden, wenn dort verbleibende Gentech-Samen eine Umstellung auf gentechnikfreie Produktion über Jahre unmöglich machen. Auch deshalb haben fast alle evangelischen Landeskirchen auf ihren Flächen ein Verbot des Anbaus von Gentech-Pflanzen empfohlen.
Da solche Vereinbarungen gleichermaßen im wirtschaftlichen Interesse von Landwirten und Verpächtern sind und obendrein zeitlich befristet werden können, sollte es auch bei uns möglich sein, einen entsprechenden Konsens zwischen den Betroffenen herzustellen.

Alfred Westphal
Fraktionsvorsitzender